



Biblis B in Südhessen ist bereits nicht mehr am Netz. Es zählt zu den ältesten deutschen Atomkraftwerken.

Foto: dapd / Michael Probst



KURZ GEMELDET

Grünes Licht für neuen Tschernobyl-Sarkophag

Kiew – 25 Jahre nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl will die Ukraine im Oktober mit dem Bau eines dringend benötigten neuen Sarkophags um den explodierten Reaktor beginnen. Der Regierung lägen Spendenzusagen über rund 670 Millionen Euro vor, sagte ein Sprecher des Außenministeriums, Oleg Woloschin, am Mittwoch. Veranschlagt für den Bau werden Kosten von 740 Millionen Euro. Woloschin hofft, „dass die Arbeiten bis 2015 abgeschlossen sein werden“ können. Experten mahnen, den schon seit 1992 geplanten Bau schnell in Angriff zu nehmen. Im schlimmsten Fall drohe ein Einsturz der provisorischen Schutzhülle. Die Lebensdauer der derzeitigen Schutzhülle ist bis 2016 berechnet. Seit einem Erdbeben 1990 bröckelt die Bausubstanz. (dpa, frei)

Japan denkt erstmals über AKW-Ausstieg nach

Tokio – Japans Ministerpräsident Naoto Kan hat vier Monate nach der Atomkatastrophe von Fukushima erstmals öffentlich über einen schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie nachgedacht. „Für die Zukunft sollten wir eine Gesellschaft anstreben, die nicht von der Atomenergie abhängt“, sagte er am Mittwoch in einer im Fernsehen übertragenen Pressekonferenz. Es sei aber noch zu früh, um über einen Zeitplan zu sprechen. Vor der Fukushima-Katastrophe wollte Japan bis 2030 den Anteil der Atomkraft an der Stromerzeugung von rund 30 Prozent auf 50 Prozent erhöhen. Derzeit sind nur 19 der landesweit 54 Reaktoren in Betrieb. (mako)

„Die Lichter werden nicht ausgehen“

Der Atomausstieg wird Deutschland keinen Strommangel beschern, sagt Energie-Expertin **Claudia Kemfert**. Neue Kohlekraftwerke sieht sie jedoch kritisch. Mit ihr sprach **Birgit Baumann**.



STANDARD: Deutschland will bis 2022 aus der Kernkraft aussteigen. Acht abgeschaltete Meiler sollen gar nicht mehr ans Netz gehen. Können in der Bundesrepublik bald die Lichter ausgehen?

Kemfert: Nein, die Lichter werden in Deutschland nicht ausgehen. Wir haben in der Vergangenheit mehr Strom produziert als verbraucht, durch diesen Überschuss konnten wir also kräftig exportieren. Acht Atomkraftwerke sind derzeit nicht am Netz, und wir haben noch ausreichend Strom. Allerdings lasten wir alte Kohle- und Gaskraftwerke mehr aus, und wir importieren mehr. Wenn in den nächsten zehn Jahren weitere Atom- und alte Kohlekraftwerke vom Netz gehen, müssen wir Kraftwerke zubauen – sonst gehen in der Tat die Lichter aus.

STANDARD: Das Atomkonzept der Regierung wird sogar von Grünen gelobt. Gibt es dabei auch Haken?

Kemfert: Durchaus. Ich sehe durch den Zubau von Kohlekraftwerken die Gefahr, dass wir erhöhte CO₂-Emissionen bekommen. Gaskraftwerke wären geeigneter, aber sie sind wirtschaftlich nicht so attraktiv. Man sollte schon schauen, dass die Gaskraftwerke überwiegen. Wir haben zudem noch nicht genug Infrastruktur für den Stromtransport und nicht genug Speicherplätze.

STANDARD: Wer wird für die Energiewende bezahlen?

Kemfert: Es werden enorme Investitionen getätigt, das sind in erster Linie private Investoren, die in Kraftwerke, Netze und erneuerbaren Energien investieren werden. Auch viele kleine und mittelständische Betriebe sowie Stadtwerke haben schon angekündigt, dass sie Gaskraftwerke bauen werden. Man kann davon ausgehen, dass sich die gesamten Investitionen im dreistelligen Milliarden-Bereich bewegen werden und dass diese zum größten Teil von Privaten getätigt werden.

STANDARD: Inwieweit wird dies den Arbeitsmarkt beleben?

Kemfert: Schon jetzt arbeiten in Deutschland im Bereich der erneuerbaren Energien bis zu 380.000 Beschäftigte, in den kommenden zehn Jahren könnten es schon 600.000 sein. Zudem entstehen Arbeitsplätze in allen Bereichen, wie Energieeffizienz, nachhaltige Energieversorgung und Mobilität. Es geht ja nicht nur um die Branche direkt, man muss auch an die vielen Zulieferer denken, die dran hängen.

STANDARD: Wo sehen Sie das größte Potenzial?

Kemfert: In allen Bereichen. Großes Potenzial hat in Deutschland

die Windenergie, insbesondere Off-Shore- und On-Shore-Anlagen werden deutlich zunehmen.

STANDARD: Müssen sich die Deutschen auf deutlich höhere Strompreise einstellen?

Kemfert: Wenn man das gesamte Bild ansieht, kann man davon ausgehen, dass der Strompreis nur moderat steigen wird. Einerseits steigen Netzentgelte und CO₂-Preise, zudem wird der Börsenpreis steigen, ausgelöst durch Angebotsverknappung und zukünftigen Kraftwerkszubau. Dadurch haben energieintensive Unternehmen höhere Kosten. Mit steigendem Börsenpreis sinkt aber auch die Umlage, die wir für erneuerbare Energien bezahlen. Und es gibt mehr Wettbewerb. Wir haben in Deutschland einen sehr oligopolistischen Markt, den vier Anbieter dominieren. Künftig werden mehr kleinere Anbieter wie Stadt-

werke auf den Markt kommen. Zudem werden wir mehr importieren, auch das senkt den Preis.

STANDARD: Unausweichlich ist die Wärmedämmung älterer Gebäude. Wie soll das finanziert werden?

Kemfert: Die könnte man durch jene Einnahmen finanzieren, die durch den Verkauf von CO₂-Emissionen hereinkommen. Diese Gelder fließen ja in den Energie- und Klimafonds.

STANDARD: Glauben Sie, dass dieser Atomausstieg unumkehrbar ist?

Kemfert: Das ist definitiv das Ende der Kernkraft in Deutschland.

CLAUDIA KEMFERT (42) leitet seit 2004 die Abteilung „Energie, Verkehr, Umwelt“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und ist Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit an der privaten Hertie School of Governance Berlin. Foto: DIW

Rege Anteilnahme beim ersten „Bürgerkraftwerk“

Start für erste Beteiligungs-Solaranlage in Linz – In Wien wird noch mit möglichen Partnern verhandelt

Roman David-Freihsl



Fotovoltaik-Kraftwerk in Linz: Die Anteilscheine sind schon dreifach überzeichnet. F.: Wodicka

Linz/Wien – Der Ansturm war enorm. Anfang Juli wurde die erste Tranche für ein Bürgerbeteiligungs-Solarkraftwerk in Linz aufgelegt, und die Anteilscheine waren binnen zweier Wochen nicht nur ausgeschöpft – sondern bereits dreifach überzeichnet.

Es ist das erste Pilotprojekt einer ganzen Reihe von Bürgerkraftwerken, die Energielandesrat Rudi Anschober (Grüne) für Oberösterreich plant. „Wir wollen diese Fotovoltaik-Kraftwerke auf den Dächern von Betrieben errichten, die tagsüber einen hohen Energieverbrauch haben, sodass der Sonnenstrom gleich vor Ort genutzt werden kann“, erläutert Anschober im STANDARD-Gespräch. Denn der Direktverbrauch des Sonnenstroms bringe zwei Vorteile mit sich: „Wenn nicht ins Netz eingespeist werden muss, ersparen wir uns mögliche Netzüberlastungen – und Netzgebühren. Damit wird die Fotovoltaik-Anlage gleich wirtschaftlich interessanter.“

Anschober nennt auch erstmals zwei konkrete Standorte für Linz:

die Dächer der Postgarage und des Rechenzentrums.

Das erste Bürgerkraftwerk ist auf eine Gesamtkapazität von 125 kW_p ausgelegt und wird gemeinsam vom Land Oberösterreich, der Stadt Linz und der Linz AG umgesetzt. Finanziert wird die Anlage über Förderungen aus den Ressorts Anschober, der Linzer Umweltstadträtin Eva Schobesberger (Grüne) – und eben über die Bürgerbeteiligungen. Diese „Sonnenscheine“ werden zu je 300 oder 600 Euro gestückelt und mit 3,3 Prozent verzinst.

Neue Bundesförderung

Für die Finanzierung der nächsten „Bürgerkraftwerke“ wird das neue Ökostromgesetz des Bundes eine deutliche Erleichterung bringen: In dem vor einer Woche von SPÖ, ÖVP, BZÖ und Grünen beschlossenen Gesetz ist ein fixes Förderkontingent von jährlich acht Millionen Euro für Fotovoltaik-Anlagen vorgesehen.

Die Errichtung derartiger Bürgerkraftwerke hat auch die rot-grüne Stadtregierung in Wien angekündigt. Hier befindet sich das Projekt noch im Vorbereitungs-

stadium. „Wir arbeiten derzeit noch an der Machbarkeitsuntersuchung, die in den nächsten Wochen fertiggestellt werden wird“, heißt es dazu im Büro der Grünen Planungs- und Energiestadträtin Maria Vassilakou. „Dank des neuen Ökostromgesetzes sind nun aber die Rahmenbedingungen für die nächsten Jahre klar.“

Gleichzeitig würden aber auch schon konkrete Gespräche mit möglichen Partnern für die Standorte, auf denen die Fotovoltaik-Kraftwerke errichtet werden sollen, geführt. Wie auch in Oberösterreich favorisiert Vassilakou vor allem die Dächer von „öffentlichen und semiöffentlichen Betrieben“ für die Errichtung der Bürgerkraftwerke.

Der Hintergrund: Für die wirtschaftliche Berechnung dieser Anlagen wird ein Zeitrahmen von 20 bis 25 Jahren herangezogen. Für diese Laufzeit sollten der Standort und damit der Betrieb der Anlage möglichst gesichert sein.

Für die Errichtung des ersten Wiener Beteiligungskraftwerkes wird im Büro Vassilakou das kommende Jahr angepeilt.